

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darassalam und Hinterland.

Darassalam
31. März 1909.

Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Abonnementspreis

Für Darassalam vierteljährlich 4 Ruple, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 5 Ruple. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierteljährlich 6 Mark. Für sämtliche anderen Länder halbjährlich 12 Mk. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptexpedition in Darassalam (D. O. A.) wie von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 23/24 entgegengenommen. — Bei Bestellungen empfiehlt sich der Zusatz: „Zustellung unter Kreuzband direkt von Darassalam“, da dies der schnellste Expeditiionsweg ist. Im Interesse einer pünktlichen Expedition wird möglichst um Vorausbezahlung der Bezugsgebühren gebeten. Wird ein Abonnement nicht abbestellt, gilt dasselbe bis zum Eintreffen der Abbestellung als stillschweigend erneuert.

Insertionsgebühren

Für die 5-spaltige Zeile 50 Pfennige. Mehr für ein einmaliges Inserat 2 Ruple oder 3 Mark. Für Familienanzeigen sowie größere Inserationsaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Die Annahme von Inserations- und Abonnementsaufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptexpedition in Darassalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 23/24. Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Österreich-Ungarns angenommen. Postzeitungsliste Seite 81. Telegramm-Adresse für Darassalam: Zeitung Darassalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Schlafenstein Berlin Alexanderstr. 23/24.

Jahr-
gang XI.

No. 25.

Dernburg und die Kommunalreform.

Vor zwei Tagen brachte der Reuters Telegraph die Nachricht, der Bloch sei gesprengt und Bülow in der Verfassung verschwunden. Auch sprach man davon, Graf Wedel sei der kommende Mann. Da wir der Nachricht nicht recht trauten, haben wir gestern in Deutschland angefragt, aber bis jetzt noch keine Nachricht erhalten. Heute bringt nun die Usambarapost ein Telegramm von ihrem Zanzibar-Korrespondenten, in dem es heißt, die Blochkrise sei durch eine geharnischte Epistel des Grafen Wedel noch einmal glücklich vermieden worden.

Das klingt wesentlich anders und rechtfertigt gewissermaßen unseren Verdacht gegenüber der Reuterschen Nachricht. Wenn wir indessen doch glauben, daß etwas nicht ganz in Ordnung ist, im Staate Dänemark, so werden wir hierzu verführt durch die Politik, die der Staatssekretär Dernburg vor und während der letzten Reichstagsverhandlung gemacht hat.

Er rückte ab von den Blochfreunden, die im Dezember 1906 so wertvolle Dienste geleistet haben und liebäugelte unversehens mit Zentrum und Sozialdemokratie, die damals den neugeborenen Staatssekretär auf die ordinärste Weise beschimpften.

Wir erinnern uns noch deutlich, daß der Zentrumsabgeordnete Koeren, dessen Stänkernatur in dem Prozeß Schmidt-Koeren so recht zum Vorschein kam, dem Staatssekretär von dem Verluce abriet, im Reichstag den Börsenjobber- und Bankierston einzuführen, wie wissen noch genau, daß eben der brave Zentrumsmann ihm Unwahrscheinlichkeit vorwarf und schließlich dem obersten Kolonialbeamten ins Gesicht sagte: „Nach Ihrer Vergangenheit sind Sie nicht fähig, mich zu beleidigen.“

Warum aber hat das Herr Dernburg vergessen?

Nun der Staatssekretär, der es früher vorzüglich verstand, das Börsenbarometer zu lesen und sich darnach zu richten, erkannte auch hier beizeiten die Ungunst der Blochkonjunktur, um ihr noch rechtzeitig auszuweichen.

Er rechnete und fand, daß, wenn er länger leben wolle, als der Bloch, er sich in das Lager seiner „Totfeinde“ begeben müsse; diese aber waren Charaktervoll genug, ihn mit offenen Armen aufzunehmen.

Und wie es scheint, soll nun Dernburg mit diesem Börsenstückchen Glück haben.

Ein ähnliches Manöver, wenn auch weniger auffällig ist in dem Verhalten zu erblicken, daß Dernburg zum Erlaunen der Abgeordneten bezüglich der Kommunalreform während der Kommissionsberatungen am 22. und 24. Januar an den Tag legte:

Dernburg erklärte auf einmal, obwohl in der Verordnung betr. die Auflösung der Kommunen ohne Weiteres die Einziehung der Kommunalvermögen verfügt war, die Vermögen aufbewahren zu wollen, bis die Bezirke sich so weit entwickelt hätten, daß man Verbände einrichten könnte.

Allerdings bemühte er sich andererseits, von den seitherigen Kommunen alles nur denkbar schlechte zu erzählen, um den Abgeordneten den Appetit an der Sache zu verderben. Doch wurde dem Staatssekretär von mehreren Abgeordneten klar gemacht, daß man ihn erkannt habe. Ganz besonders treffend waren die Ausführungen eines nationalliberalen Abgeordneten, der ungefähr folgendes ausführte:

„Die Kompliziertheit der Verhältnisse, sowohl in bezug auf die Eingeborenen als auch in bezug auf die Europäer, haben in früheren Zeit die Gouverneure zu der Dezentralisation veranlaßt, welche in den Kommunalverbänden ihren Ausdruck fanden. Gerade der Anteil, welcher der Kommune aus den Steuern verblieben war, hat die ausgezeichnete Wirkung gehabt, daß jeder Bezirksamtmann und jeder Eingeseffene in den verschiedenen Bezirken sich bemüht habe, nach Kräften die Erhöhung dieser Einkünfte herbeizuführen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätten wir heute lange nicht diese Einnahmen aus der Hütten- und Gewerbesteuer. Schaffe man nun diese

Anteilnahme der einzelnen Bezirke ab, so würde man auch den Einnahmen auf die Dauer einen schweren Nachteil zuführen. Der Staatssekretär behauptet, es sei das keine Selbstverwaltung, wo diejenigen, die über die Einnahmen verfügen, nicht diese aufbrächten. Aus dem Gefagten aber gehe hervor, daß an dem Aufbringen dieser Einnahmen gerade die weißen Eingeseffenen stark mitgearbeitet haben. Außerdem komme doch dieses Geld in der Hauptsache nur durch die Arbeit der Weißen in die Hände der Schwarzen.“

Derselbe Redner wies unter anderem auch noch darauf hin, daß über die Frage, ob, abgesehen von Darassalam und Tanga noch andere Bezirke zur Selbstverwaltung seien, daß man am besten den Unterstaatssekretär v. Lindquist hören werde, der sich sicherlich auf seiner Reise durch Deutsch-Ostafrika einen genauen Einblick in die Verhältnisse verschafft habe, was um so eher zu erwarten sei, als bezeichnenderweise diesem Beamten gegenüber nicht nur keine Antipathie, sondern die größte Sympathie von der Bevölkerung an den Tag gelegt worden sei.

Als schließlich der Staatssekretär auch von freikonservativen und konservativen Abgeordneten ähnliche Dinge zu hören bekam, geriet er allmählich in eine Stimmung, die die deutsche Hausfrau mit „butterweich“ zu bezeichnen pflegt.

Klug, wie der Herr Staatssekretär war, sagte er sich, hier kann es sich jetzt nur darum handeln, nachzugeben; es waren der Resolutionen, die im Interesse der Erhaltung der Kommunen eingebracht wurden, doch zu viel geworden. Und so erklärte sich der Staatssekretär zu folgenden Zugeständnis bereit:

Die Bezirksräte sollen ihren Etat selbst aufstellen, sodas sie bis 25% der Einkünfte aus dem betreffenden Bezirk für diesen Etat verwenden können; der Staatssekretär wird die Anweisung geben, daß diese 25 % unter allen Umständen den einzelnen Bezirken verbleiben, sofern der Etat, der von dem Bezirksrat eingereicht wird, diese Summe wirklich in Anspruch nimmt.

Damit war selbstverständlich die Kommunalreform, wie man sie sich ursprünglich im Kolonialamt dachte, gefallen.

Das einzige was eigentlich von dem alten Programm übrig bleibt, ist die rechnerische Kontrolle, der die Kommunalausgaben nurmehr unterstellt werden.

Sehr gespannt sind wir, wenn die ersten kolonialamtlichen Anweisungen kommen, die darüber definitive Aufklärung geben, welche der Kommunen wieder dem Leben zurückgegeben werden. Hoffentlich stützt man sich hierbei im Kolonialamt nicht allzu sehr auf die Berichte und Vorschläge des dem Selbstverwaltungsge danken so feindlichen Herrn v. Nechenberg.

Im Plenum hat es der Staatssekretär ängstlich vermieden, auf die Kommunalangelegenheit zurückzukommen; er berief sich immer wieder darauf, daß es in den Kommissionsberatungen zu einer Einigung gekommen sei. Es war ihm offenbar unangenehm, im Plenum, über das die Presse genauere Berichte als über die Kommissionsberatungen bringt, zuzugeben, daß er in dem Kampf um die Kommunen als zweiter Sieger hervorgegangen ist.

Das muß dem Staatssekretär der Meid lassen, er ist ein kluger Diplomat.

Dinge, von denen er annimmt daß sie schief gehen, macht er in aller Stille in der Kommission ab, während er sich in die breitesten Öffentlichkeit flüchtet, wenn ihm ein rhetorischer Erfolg winkt.

Die Bestiedlung Ostafrikas.

Von Prof Dr. P. Samassa.

II.

Bei der Schafzucht tritt der Ertrag ja viel früher ein; am weitesten ist damit bis jetzt Lord Delamere, der einer der ersten Pioniere bei der Erschließung der Kolonie war und in seinen ausgedehnten Landbesitz dort ein riesiges Kapital gesteckt hat; er besitzt auf einer Schaffarm im Umfange von etwa 60 000

*) Aus den Hamburger Nachrichten.

Hektar zur Zeit 14 000 Stück Schafe und hofft, den Bestand in Laufe der nächsten fünf Jahre auf 40 000 zu bringen, so viel, als die Farm etwa ernähren kann. Die Grundlage der Schafzucht bildet die Kreuzung des eingeborenen Massaischafes mit eingeführten Schafen, vor allem Merinos. Schafe mit dreiviertel edlem Blut geben bereits eine Wolle, die einen sehr guten Preis hat. Und in fünf Jahren wird der ganze Schafbestand so viel Merinoblut erhalten, daß sich der Wollwert von dem reiner Merinoherden in Australien oder Südafrika nicht unterscheiden wird. Hier steht man für die Zukunft schon ganz klare Wege; und die wichtigste Lehre, die wir auch für unsere Kolonie ziehen können, ist, daß das Merinoschaf überall gedeiht wo das eingeborene Massaischaf, das keine Wolle gibt, fortkommt.

Für solche Anlagen, wie die Schaffarm des Lord Delamere gehört aber natürlich erheblich Kapital: sind erst einmal Leute dieses Schlages vorangegangen, die das Risiko eines solchen Unternehmens tragen können, dann wird sich der Mann mit geringerem Kapital ohne Gefahr gleichem Betrieb zuwenden können. Dasselbe gilt von einer anderen Frage, die gleichfalls Lord Delamere vorbildlich gelöst hat: dem Anbau europäischer Körnerfrüchte. Man hat nach den bisherigen Erfahrungen oft behauptet, daß der Weizen in tropischen Hochländern so ungleich reife, daß die Ernte auf große Schwierigkeiten stoße. Ich habe nun auf einer anderen Farm Lord Delameres ein vollkommen gleichmäßiges Weizenfeld in einer Ausdehnung von etwa 60 Hektar gesehen, auf dem der Weizen prachtvoll gleichmäßig stand. Der Boden war aber viermal umgeworfen worden, bevor gesät wurde, ferner war das ganze Feld zur Vermeidung von Wildschaden eingezäunt. Kurzum, das Experiment hatte erhebliche Kosten verursacht, die sich aber nun, da es geclückt ist, reichlich bezahlt machen.

Diese Tatsachen sind für die Besiedlungsfähigkeit der Kolonie unendlich viel beweiskräftiger, als das Schicksal einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Ansiedlern, die dort keinen Erfolg gehabt haben. Diese Mißerfolge führen sich auf verschiedene Ursachen zurück. Eine davon ist, daß der koloniale Reichtum Englands eine gewisse Armut an geeigneten Siedlern zur Folge hat. Zunächst hat ein Engländer, der in eine Kolonie auswandern will, eine größere Auswahl von Ländern, die wirtschaftlich viel weiter entwickelt sind, als Ostafrika. Wenn der Auswanderer nach Kanada geht, so weiß er viel genauer, was da seiner wartet, und was er dort erreichen kann, als in Ostafrika. Hat er trotzdem dort Mißerfolg, so geht er vielleicht nach Südafrika oder Australien. England hat eine Art von fluktuierender Kolonialbevölkerung von Leuten, die es immer in neue Kolonien treibt, und denen naturgemäß ein unruhiger spekulativer Sinn mehr zu eigen ist, als ruhige Arbeitstrenue und Beharrlichkeit. Von dieser fluktuierenden Kolonialbevölkerung hat nun Britisch-Ostafrika nach den Enttäuschungen, die die starke englische Einwanderung nach Südafrika nach dem Burenkrieg dort erlebt hat, besonders viel abbekommen. Bei vielen reichsten die Mittel gerade für die erste Einrichtung. Darin ist der Engländer viel anspruchsvoller als der Deutsche; ich habe in unserer Kolonie Leute, die schon eine recht gute und ertragreiche Pflanzung hatten, noch in einem primitiven Lehmhause wohnen sehen: das gute steinerne Haus kommt da zuletzt, beim Engländer in Form eines aus Holz und Wellblech recht wohllich, aber nicht allzu billig gebauten Hauses zuerst. Sind dann die Mittel verbraucht, so geht das Streben nur darauf, den Besitz möglichst vorteilhaft zu verkaufen; und läßt der Zutrom von Dummern nach, die sich überdortteilen lassen, so erhebt sich das Geschrei über das niederträchtige Land zum Himmel. Zum Teil trägt ja die Regierung wohl auch daran Schuld; auf Kleiniedlungsperimente hat sie zwar verständigerweise verzichtet. Daß sich hier ein Ansiedler mit der Zucht von Gemüsen für die Hauptstadt Nairobi vorwärtsbringen könnte, ist bei der schrankenlosen Konkurrenz der Indes (!), die dort Gartenbau treiben, ganz ausgeschlossen. Aber auch das Ausmaß der sogenannten „Heimstättenfarmer“ im Umfange von rund 130 Hektar, die von der Regierung ausgegeben werden, ist für Viehzucht zu klein. So sieht man denn heute, daß z. B. in der Umgebung von Nairobi meilente weit alles Land schon an Ansiedler vergeben ist, abe-

von zehu Farmen ist vielleicht nur eine wirklich in Betrieb, und die Auktionsfirmen machen gute Geschäfte. Andererseits gibt es in der Kolonie Erwerbsquellen, an die man bei uns gar nicht denken würde; so bringen nach einer niedrigen Schätzung die Sportleute, die die Kolonie jährlich zu Jagdzwecken besuchen, zwei Millionen Mark ins Land; das gibt dann natürlich einen leichten Verdienst für Weiße und Eingeborene. Aber es liegt für beide Teile eine gewisse Korruption darin; insbesondere der Schwarze wird durch hohe Löhne bei geringer Leistung sehr verwöhnt. Und das Erwerbsleben in der Kolonie bekommt einen etwas unsoliden Charakter, wie man ihn ja auch bei uns an Orten findet, die hauptsächlich vom Fremdenverkehr leben. Was scharfe Beobachter vom Engländer heute behaupten: daß die Arbeitsfreude des ganzen Volkes stark nachgelassen habe, läßt sich wohl auch hier feststellen; darin sind wir Deutschen ihm auch beim Kolonisieren überlegen. Andererseits kommt ihm aber die größere Kapitalansammlung des Mutterlandes zugute: Die Mittelklassen haben dort eine große Vorliebe für das Landleben. Während denselben Gesellschaftsschichten bei uns der Gedanke sehr wunderbar vorkommt, mit einem erheblichen Kapital in eine Kolonie zu ziehen, um dort halb zum Vergnügen, halb zum Geldverdienen zu leben, ist dem Engländer bei seiner innigen Bekanntschaft mit kolonialen Leben dieser Gedanke durchaus vertraut. Tatsächlich gibt es in Britisch-Ostafrika eine ganze Menge von Menschen, die dort eigentlich mehr zu ihrem Vergnügen, als um rasch Geld zu verdienen, leben. Und das Leben in einer englischen Landstadt kann gewiß nicht viel anders sein, wie in Nai-obi; der Engländer schafft sich ja bald, was er als des Lebens Würze ansieht. Er könnte draußen wohl manches entdecken, aber sicherlich nicht den Sport und die Pferderei, die in Nairobi abgehalten und mit größerer Wichtigkeit behandelt werden, als die brennendsten wirtschaftlichen Fragen.

Wenn so die Kolonie im wesentlichen darauf angewiesen ist, durch die besitzenden Klassen der englischen Gesellschaft kolonisiert zu werden, kann das Tempo der Besiedlung ja nicht all zu rasch sein. Aber man hat ja auch keine Eile. England hat der Kolonie als Morgengabe die große Bahn geschenkt, und wenn es auch zurzeit noch zu ihren Ausgaben einen Zuschuß von etwa zwei Millionen Mark leistet, so wird dieses Stadium wohl in einigen Jahren überwunden sein. Die Aussichten für die Zukunft sind durchaus günstig. Für uns ist insbesondere das Vorbild, das die englische Nachbar Kolonie uns in der Viehzucht gibt, von großem Wert. Es wird uns selbst den Beginn sehr erleichtern, wenn wir von dort bereits akklimatisiertes Zuchtvieh beziehen können. In der Plantagenkultur sind dagegen wir weit voraus und werden es der ganzen Natur der beiden Kolonien entsprechend stets bleiben.

Staatssekretär Dernburg und Deutsch-Ostafrika.

I.

Die heutige Post belehrt uns darüber, daß die Berliner Vertretung des wirtschaftlichen Verbandes der Nordbezirke dieselben Empfindungen hatte wie wir, als sie sich die Reichstagsverhandlung über Deutsch-Ostafrika zu Gemüte führte.

Dem Staatssekretär ist in vielen Punkten nicht die Erwiderung zu teil geworden, die sich im Interesse der deutschen Kolonisten gehört hätte.

Wir wollen heute nicht untersuchen, woran das lag, sondern den außerordentlich treffenden und klaren Ausführungen in den „Hamburger Nachrichten“ folgen, die sich der Staatssekretär, wie auch einige Abgeordnete bestens merken dürfen. Die Berliner Vertretung des Verbandes der Nordbezirke schreibt:

Im Reichstag hat sich Staatssekretär Dernburg nachdrücklich für den Gouverneur von Rechenberg und seine Regierungsmethoden eingesetzt. Manches Zutreffende ist ihm von einigen Rednern im Reichstage selbst darauf einwidert worden. Eine kleine Nachlese mag hier aber doch noch einer beteiligten Seite gestattet sein. Der Staatssekretär hat gemeint, daß die Beschwerden der Weißen, die hauptsächlich in einem Aufschrei des wirtschaftlichen Verbandes der Nordbezirke, der auch in der deutschen Presse vielfach Verbreitung gefunden hat, zum Ausdruck kamen, auf pekuniäre Beweggründe zurückzuführen seien, und er versprach, dies Punkt für Punkt zu beweisen. Im späteren Verlauf seiner Rede hat er aber diesen Beweis verfallen. Er hätte ihn sich ja sehr leicht machen können. Natürlich werden durch das System Rechenberg wirtschaftliche Interessen der weißen Bevölkerung nahe genug berührt, und wirtschaftliche Interessen sind natürlich auch pekuniäre Interessen. Wenn also infolge einer verkehrten Politik die Weißen draußen zugrunde gehen und der Kolonie den Rücken kehren, so könnte der Staatssekretär dann folgerichtig auch sagen, das könne den Reichstage herzlich kalt lassen, es handle sich doch nur um die „pekuniären Interessen“ einiger Privatleute. Gerade aus dieser Stellungnahme ergibt sich aber wieder, daß das, was die meisten Abgeordneten als ein System Rechenberg bezeichneten, tatsächlich ein System Dernburg-Rechenberg ist, wie denn ja auch in der Tat die Mißstimmung der weißen Bevölkerung in der Kolonie von der Nase des Staatssekretärs dort-

hin ihren Ausgangspunkt genommen hat. Man lese doch nur das Deutsch-Ostafrika gewidmete Kapitel in dem kürzlich erscheinenden Buche von Dernburgs Freund, Rathenau, in dem ausdrücklich erklärt ist: daß es ebenso die Ansichten des Staatssekretärs wie die des Verfassers wiedergebe. Welch eine Fülle von schiefen Urteilen und direkten Irrtümern finden sich da auf knappem Raum beisammen, und das Eigentümliche ist — immer zum Nachteil der weißen Unternehmer in der Kolonie! Natürlich sind diese Ausführungen dort auch gut bekannt und haben dazu beigetragen, die Mißstimmung zu erhöhen. Ganz im Geiste der da vertretenen Auffassung hat nun der Staatssekretär im Reichstag wieder geäußert, daß die Regierung sich nicht mehr um das Schicksal weißer Unternehmer in der Kolonie kümmern könne, wie etwa um das eines deutschen Walfischfängers, der dem Mutterlande auch Rohstoffe zuführe. Hier liegt eben der grundlegende Gegensatz der Anschauungen: es ist uns nicht bekannt, daß das Deutsche Reich je Kapitalien in den Walfischfang gesteckt hat; in Deutsch-Ostafrika stecken aber ein paar hundert Millionen deutschen Kapitals, die teils Einzelpersonen, teils Gesellschaften, teils endlich das Reich, also das deutsche Volk, aufgebracht haben, und hunderte von deutsche Männern haben für die Erwerbung und Erhaltung dieses Besitzes ihre Leben gelassen. Das deutsche Volk hat daher Anspruch darauf, daß dieses Land entwickelt werde und die Opfer rechtfertige. Im Gegensatz zu Herrn Dernburg sind wir aber der Ansicht, daß dies nur durch die Arbeit des weißen Mannes geschehen kann. Der Staatssekretär setzt so große Hoffnungen auf die Eingeborenenkulturen und tut gewiß alles, um sie zu fördern; da berührt es doch eigentümlich, daß gerade die Ausfuhr von Produkten der Eingeborenenkulturen aus der Kolonie im letzten Berichtsjahr stark zurückgegangen ist. Das betrifft sowohl Erdnüsse wie auch Häute und Felle. Die Ausfuhr von Plantagenprodukten weist aber eine ständige Zunahme auf. Man sieht eben daraus wieder, auf wie schwankender Grundlage eine Politik ruht, die die Eingeborenenkulturen zum Rückgrat der Wirtschaft der Kolonie machen möchte.

Der Staatssekretär hat es ferner so hinzustellen versucht, als ob die Mißstimmung in der Kolonie nur in einem ganz kleinen Teile bestesse, nämlich in Tanga und Dar-es-Salam, weil die beiden Zeitungen, die dieser Mißstimmung Ausdruck geben, dort erscheinen. Der Abg. Arendt hat schon ganz richtig darauf hingewiesen, daß diese Zeitungen doch nicht das Gouvernement angeifern würden, wenn sie sich in Übereinstimmung mit ihrem Leserkreis wüßten; und dieser Leserkreis umfaßt so gut wie die ganze weiße Bewohnerchaft der Kolonie. Als im Frühjahr vorigen Jahres die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung einen milderen Ton anzuschlagen versuchte, verlor sie die Abonnenten dazwischenweise. Nun hat der Staatssekretär behauptet, daß die Kündigung des Druckes der Nambara-Post in der Kommunaldruckerei in Tanga nur deshalb geschehen sei, weil das Blatt mit der Zahlung seiner Druckkosten im Rückstande gewesen sei; in der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung war aber der Kündigungsbrief des Bezirksamtmanns Dr. Kögel im Wortlaut abgedruckt, in dem einer derartigen Schuld nicht Erwähnung getan ist, wohl aber die Kündigung mit der oppositionellen Haltung des Blattes motiviert wird. Man kann doch wirklich nicht annehmen, daß das Blatt einen solchen Brief einfach erfunden wird.

Aus unserer Kolonie.

Sindi. Man teilt uns mit, daß demnächst wieder 2 Wolf'sche Patent-Heißdampfautomobile von zusammen 88HP Leistung in Sindi eintreffen werden. Die Maschinen sind für die Ostafrikanische Gesellschaft „Südküste“ bestimmt. Insgesamt arbeiten nun bereits ungefähr 75 Wolf'sche Automobile in Deutsch-Ostafrika.

Moshi. Ueber die Hungersnot in Kombo ist eilt man uns: Zweck Vinderung der Hungersnot, welche in der im Osten des Kilimandjaro gelegenen Landschaft Kombo vor einigen Monaten ausbrach, wurden von der Regierung Lebensmittel verteilt. Leider zügelten sich wieder die Transportverhältnisse als ganz unzulänglich. Das mit so großen Hoffnungen erwartete Automobil von C. und E. Meinaridis konnte bis jetzt für Transporte nicht verwendet werden, da der Kondensator noch fehlt.

Moshi. Man schreibt uns unterm 5. März: Seit einiger Zeit machen sich hier in Moscho wieder Elefanten unangenehm bemerkbar. Nachts wechselten sie quer durch die Pflanzung und taten Rautschuk sowie Mais nieder. Heute früh mit Sonnenaufgang brach nun sogar eine ganze Herde, ungefähr 1 1/2 Duzend, in die Pflanzung. Als Herr Frick König, um die Tiere zu vertreiben eine Kuh anschob, suchte diese das Weiße, ihre beiden Jungen im Stich lassend. Mit Hilfe von 12 mit Stöcken bewaffneten Schwarzen konnten die ein Meter großen Tiere gefangen werden. Noch am gleichen Tage wurden diese zu der nahegelegenen Viehboma eines ehemaligen Askaris gebracht und dort dem zufällig vorüberkommenden Bezirksamtssekretär Mauch übergeben. Voraussichtlich kommen die Tiere nach Moschi, wo sie hoffentlich aufgezogen werden.

Moshi. Die nunmehr beendete Jagdfafari des Prinzen Radzivil im Bezirk Moschi war von den besten Erfolgen begleitet. Der Prinz sowie sein Begleiter,

der Zoologe Herr Carl Müller, schossen innerhalb 10 Wochen 2 Elefantenbullen, 3 Büffel, 9 Nashörner, 2 Löwen, 1 Leopard, 2 Giraffen und ca. 230 Antilopen und Gazellen. —

Morogoro. In Morogoro ist der Sanitätsbeamte Telge der Firma Holzmann & Cie., ein früherer Sanitätsunteroffizier der Schutztruppe, an Typhus gestorben.

Maurui. Man schreibt: In der Nähe der Bahnstation Maurui liegen die Kautschuk- und Agavenpflanzungen, die der von Herrn Hauptmann von Prince neu gegründeten Gesellschaft gehören.

Die Kautschukpflanzung ist nun, jedenfalls durch Nachlässigkeit der angrenzende Eingeborenen, die in ihren Schamben brannten, fast gänzlich durch überspringendes Feuer zerstört worden. Es ist dies für die neue Gesellschaft ein ganz bedeutender Schaden.

Ob man wohl endlich die Eingeborenen für den durch ihre Nachlässigkeit angerichteten Schaden verantwortlich machen wird?

Sekente. Der große Transport von Muanza nach den Goldfeldern in Sekente ist nunmehr trotz den diesmal stark aufstrebenden Regenzeit glücklich beendet. Im Ganzen wurde aus 8—9000 Trägern, 8 Ochsenwagen und 15 anderen Wagen benötigt. Die letzten kamen Mitte Januar hier an. Die Montierungsarbeiten gehen flott vorwärts. Die Rügelmühlanlage, die Motor- und Pumpenanlage sowie eine 1500 Meter lange Wasserleitung mit großem Wasserreservoir sind bereits fertig gestellt und im Betrieb, während das Stempelwerk und die Zynidanlage voraussichtlich Anfang Mai in Betrieb genommen werden.

Zu gleicher Zeit werden die Untersuchungen und Arbeiten an verschiedenen Stellen fortgesetzt. Die Schächte der Goldminen sind 90 bis 100 Fuß tief. Auch sind die Ergebnisse der Schürfarbeiten bisher sehr zufriedenstellende.

Lokales.

— Von der Capstadt-Tour zurück. S. M. S. „Seeadler“, welcher am 20. Januar 09 seine große Erholungstour über Mozambique nach Kapstadt antrat, kehrte gestern früh von derselben hierher zurück.

Der Kreuzer fährt in 5 Tagen nach Zanzibar, wo Torpedo-Schießübungen abgehalten werden. Nach ungefähr achtägigem Aufenthalt in Zanzibar geht „Seeadler“ nach Tanga in See. In 8 Wochen wieder eintreffen in Dar-es-Salam.

— Von der französischen Post. Der heimkehrende französische Dampfer „Melbourne“, der am 27. März von Zanzibar abfuhr, ist in Kilindini aufgelaufen. Hilfe leistet ihm der von Europa kommende „Oryx“, der inzwischen schon die Post für Deutsch-Ostafrika an Bord der Robuma abgegeben hat. Da eben dieser Gouvernementsdampfer zunächst die fahrplanmäßige Nordtour zu machen hat, ist die Rufiji, die zur Zeit in Zanzibar liegt, nach Pangani dirigiert worden, um von dort aus direkt die französische Post nach Dar-es-Salam zu bringen. Heute früh traf die Rufiji mit der Post hier ein.

— Wißmannveteranen. In unserer letzten Nummer nannten wir die Herren Major Johannes, Domänenpächter Mlich, Wegemeister Drescher und Vollziehungsbeamter Fick als die einzigen hier ansässigen Herren, die noch die große Wißmannzeit mitgemacht. Wie wir mittlerweile erfahren, gehört auch Herr Kapitän Berndt zu den Wißmannveteranen, ebenso der ehemalige Lazarettgehilfe Ibrahim Domet.

— Reichspostdampfer „Eduard Wörmann“ fuhr heute früh über Bagamojo und Zanzibar nach den Seychellen, um dort Ladung zu nehmen.

Telegramme.

Erste Lage im Balkan.

London, 25. 3. Die englischen Vermittlungsvorschläge sind in Wien bis heute ohne jeden Erfolg geblieben.

Die Konferenzen dauern zwar fort, jedoch wird die Lage immer ernster.

Ist der Block gesprengt?

London, 26. 3. 09. Die neuesten Vorgänge im Berliner Parlament bilden augenblicklich die Sensation des Tages. Der Block ist über der Finanzreform in die Brüche gegangen. Soweit man hört, soll der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf v. Wedel zum Nachfolger des Fürsten Bülow angetreten sein.

Vom Serben-Kronprinzen.

London, 24. März 09. Nachrichten aus Belgrad berichten, daß der Serben-Kronprinz auf die Thronfolge verzichtet hat. Und zwar wird diese Tatsache damit in Zusammenhang gebracht, daß er für den Tod eines seiner Diener verantwortlich ist, den er gewaltsam ums Leben gebracht haben soll.

Die Skulpturina distuliert augenblicklich diese Angelegenheit.

Hierzu eine Beilage sowie ein Prospekt der Lotteriekassa „Emil Zarule, Dresden.“

Postnachrichten für März 1909.

Tag	Beförderungsgelegenheiten	Bemerkungen.
13.	Abfahrt des D. O. A. L. Dampfers „Präsident“ über Bagamojo nach den Südstationen	
13.	Abfahrt des R. P. D. „Gertrud Woermann“ nach Durban	
19.	Ankunft eines Gouv.-Dampfers von den Südstationen	
19.	Ankunft des D. O. A. L. Dampfers „Präsident“ von den Südstationen und Bagamojo	
20.	Ankunft des R. P. D. „Adolph Woermann“ von Durban	
21.	Abfahrt des R. P. D. „Adolph Woermann“ nach Europa	Post an Berlin 9. 4.
21.	Abfahrt des D. O. A. L. Dampfers „Präsident“ nach Bombay	
23.	Abfahrt eines Gouv.-Dampfers nach Zanzibar und den Nordstationen bis Mombasa	
24.	Ankunft des R. P. D. „Eduard Woermann“ von Europa	Post ab Berlin 5. 3.
26.	Abfahrt eines Gouv.-Dampfers über Bagamojo nach Zanzibar zum Anschluss an den französischen Postdampfer nach und von Europa	
26.	Ankunft des D. O. A. L. Dampfers „Kaiser“ von Bombay	
27.	Abfahrt des D. O. A. L. Dampfers „Kaiser“ über Ibo und Mozambique nach Durban	
27.	Abfahrt des R. P. D. „Eduard Woermann“ über Bagamojo und Zanzibar	
27.	Abfahrt eines französischen Postdampfers von Zanzibar nach Europa	Post an Berlin 16. 4.
28.	Ankunft eines französischen Postdampfers aus Europa in Zanzibar	Post ab Berlin 8. 3.
28.*)	Ankunft eines Gouv.-Dampfers mit Europapost von Zanzibar.	
31.	Ankunft eines englischen Postdampfers von Aden in Zanzibar	Post ab Berlin 12. 3.

Anmerkungen: *) Ankunft in Darassalam ev. 1 Tag später, je nach Eintreffen der französischen Post in Zanzibar.

Postnachrichten für April 1909.

Tag	Beförderungsgelegenheiten	Bemerkungen.
2	Ankunft eines Gouv. Dampfers von Mombasa, den Nordstationen und Zanzibar	
2	Ankunft des R. P. D. „Feldmarschall“ von Europa	Post ab Berlin 13. 3.
3	Abfahrt des R. P. D. „Feldmarschall“ nach Durban über Bagamojo, Kilwa und Lindi	
5	Abfahrt eines englischen Postdampfers von Zanzibar nach Aden	Post an Berlin 23. 4.
5	Abfahrt eines Gouv. Dampfers nach den Südstationen	
10	Ankunft des R. P. D. „Prinzessin“ von Durban über Lindi, Kilwa und Bagamojo	
11	Abfahrt des R. P. D. „Prinzessin“ nach Europa	Post an Berlin 30. 4.
14	Abfahrt des D. O. A. L. Dampfers „Somali“ von Zanzibar über Nossibé nach Durban	
16	Ankunft eines Gouv. Dampfers von den Südstationen	
21	Ankunft des R. P. D. „Eduard Woermann“ von Zanzibar und Bagamojo	
22	Abfahrt des R. P. D. „Eduard Woermann“ nach Europa	Post an Berlin 13. 5.
23	Ankunft des D. O. A. L. Dampfers „Präsident“ von Bombay	
23	Abfahrt eines Gouv. Dampfers nach Zanzibar und den Nordstationen bis Mombasa	
23	Ankunft des R. P. D. „Admiral“ von Europa	Post ab Berlin 3. 4.
24	Abfahrt des R. P. D. „Admiral“ nach Durban	
24	Abfahrt des D. O. A. L. Dampfers „Präsident“ über Bagamojo nach den Südstationen	
26	Abfahrt eines Gouv. Dampfers über Bagamojo nach Zanzibar zum Anschluss an den französischen Postdampfer nach und von Europa	
7	Abfahrt eines französischen Postdampfers von Zanzibar nach Europa	Post an Berlin 17. 5.
28	Ankunft eines englischen Postdampfers von Aden in Zanzibar	Post ab Berlin 3. 4.
28	Ankunft eines französischen Postdampfers aus Europa in Zanzibar	Post ab Berlin 8. 4.
28*)	Ankunft eines Gouv. Dampfers mit Europapost von Zanzibar	
30	Ankunft des D. O. A. L. Dampfers „Präsident“ von den Südstationen und Bagamojo.	

An unsere Leser!

Wir erlauben uns, an die Erneuerung des am 31. März ablaufenden Abonnements ergebenst zu erinnern. Neu hinzutretenden Abonnenten, welche ihren dauernden oder vorübergehenden Wohnsitz in Europa haben geben wir bekannt, daß die Expedition der Zeitung auch bei Bestellungen, welche an unsere Berliner Geschäftsstelle gerichtet werden, auf Wunsch unter Kreuzband direkt von Daresalam erfolgt. Anfragen, Bestellungen und Zahlungen, welche aus Deutschland überhaupt Europa an die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung zu richten sind, bitten wir wegen der schleunigeren Erledigung derselben an unsere Berliner Geschäftsstelle unter folgender Adresse richten zu wollen: **Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42, Alexandrinenstraße 93/94.**

Die Expedition der Deutsch-Ostafrik. Ztg.

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfallvorbeugende Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr“

Copierpressen

in großer Auswahl vorrätig.

Buchhandlung Daresalam.

Unter den Akazien 3.

August Dorn

Daresalam

empfiehlt erstklassige

Touren-Fahrräder

zu billigen Preisen.

Sämtliche Reserveteile

von mir importierter Fahrräder stets auf Lager.

Reparaturen schnell und billig.

Zoerners Eier-Cognac ist der Beste!

H. Zoerner, Leipzig, Export Depot: Hamburg.

Arbeiter.

mit sechsmonatlicher Verpflichtung liefert bis auf weiteres

E. Kretschmer Tabora.



Pfeifen, Cigarrenspitzen, Cigarettenspitzen aus Meersch, Bernstein, Brügge, Holz, Porzellan, etc. deutsche & englische Façons. Illustr. Katalog gratis & franco.

A. Fleischmann & Co. Ruhla Nr. 105. I. Thüringen.

Paul Mascher Tanga

Postfach 16 - Telefon 27.

Spedition Zollabfertigungen jeder Art Commission An- und Verkauf aller Landesprodukte Uebernahme und Zusammenstellung von Expeditionen und Jagdausflügen.

Uebernahme aller Auktionen Vermittlung von Landverkäufen sowie Neuanlage von Plantagen

Ausrüstung und Verproviantierung von Schiffen Sachgemässe Verpackung und Spedition von Sammelgegenständen

Grösstes Lager von Zanzibar-Artikel Verladen von Frachten aller Art in eigenen Leichtern Spedition aller Postsachen nach sämtlichen Orten Deutsch-Ostafrikas.

Gestellung von Trägern in jeder Anzahl Auskünfte aller Art

Kalkgeschäft

Wirtschaftliche Vereinigung von Daresalam und Hinterland.

Am 2. Osterfeiertag findet in **Morogoro** im „Hotel Deutscher Kaiser“ abends 8 Uhr eine **Generalversammlung** statt mit folgender Tagesordnung:

1. Referat des Schriftführers Pfeiffer über Wege zur Schaffung eines privaten Kreditinstituts.
2. Abänderung der Verbandsstatuten,
3. Besprechung über die Gründung des Landesverbandes,

4. Die Gründung von Sektionen innerhalb der Wirtschaftlichen Vereinigung,
 5. Erziehung für heimkehrende Vorstandsmitglieder.
- Der Vorstand, der auf ein zahlreiches Erscheinen, vor allem auch der Mitglieder von Daresalam rechnet, ladet hierzu ganz ergebenst ein.

Der Vorstand der Wirtschaftlichen Vereinigung von Daresalam und Hinterland
S. H. Schulz, Brauereibesitzer.

Soeben erschienen!
Neueste Pläne der **Stadt Daresalam**
1: 5000
Preis: 2 1/2 Rupie.
Zu haben bei der **Buchhandlung Daresalam**
Unter den Akazien 3

Nachruf!

In der Nacht vom 29. zum 30. März d. Js. verstarb in Morogoro an Typhus unser Arztgehülfe

Karl Gustav Telge

im Alter von 32 Jahren.

Er war ein ruhiger pflichttreuer Beamter, dessen Andenken in Ehren gehalten werden wird.

Philipp Holzmann & Cie.

G. m. b. H.

Musik-Instrumente

Spielflöten, Musikschränke
Sprechmaschinen für Orchester, Schule u. Haus.



Illustr. Preisliste frei.

Jul. Heinr. Zimmermann
Fabrik Leipzig Export

Kindernähr-Zwieback

von Max Hultsch, Niederneukirch Sa.
Vielfach ärztlich empfohlen. Eingeführt in Krankenhäusern, Plantagen und Missionen. Auch ausgezeichnetes Nahrungsmittel für Genuß. Packung 5 Kilo. enth. 2 Blechboxen, 7 Mk. fr.

Wer hat nicht genug Blut?

Die Pink Pillen geben Blut

Es gibt nichts Verborgenes, Geheimnisvolles in der Blutarmut. Sie ist das Resultat eines Mangels in der Zusammenstellung des Blutes, der in ebenso verschiedenen als zahlreichen Fällen seine Begründung hat. Das Heilmittel ist ganz einfach. Es besteht darin, dem Blute seine normale Zusammensetzung, die erforderliche Reichhaltigkeit an roten Blutkörperchen, wieder zu geben. Gerade für diesen Zweck wurden die Pink Pillen geschaffen. Sie geben mit jeder Dosis Blut und reinigen und bereichern das letztere. Wenn Sie blutarm sind, d. h. wenn Sie sich nicht kräftig fühlen, schlechtes Aussehen haben und beständig frieren, verlangen Sie Pink Pillen, welche Ihnen helfen werden. Dank denselben werden Sie sich bald besser befinden. Wir wollen hier ein Beispiel anführen, was die Pink Pillen zu leisten im Stande sind.



Fräulein Caquais (Photo. Lagrange, Bourges)

Fräulein Marie Caquais in Fauchecourt, par Savigny-en-Se taine (Cher) schreibt folgendes: „Ich war sehr blutarm und hatte sehr schlechtes Aussehen, sodass mir jeder sagte, ich wäre schwindsüchtig. Ich war hierüber sehr besorgt. Man hatte mir schon allerlei Medizin nehmen lassen aber nicht geholfen. Eine Freundin, die grosses Vertrauen zu den Pink Pillen hatte, liess dieselben für mich kommen und ich begann mit denselben eine Kur durchzumachen. Ich verdanke es den Pink Pillen, dass ich meine Kräfte, meinen Appetit, gutes Aussehen und die Fröhlichkeit wieder gefunden habe.“

Die Pink Pillen heilen nicht nur die Blutarmut, sondern auch alle diejenigen Krankheiten, die ihre Entstehung in der Armut des Blutes zu suchen haben, wie: Schwäche der Nerven, Bleichsucht, nervöse Erschöpfung, allgemeine Schwäche, frühzeitige Erschlaffung, Magenschmerzen und Rheumatismus.

Preis der Schachtel Rp. 2.85.
Generaldepositäre für Deutsch-Ostafrika
Breitschneider & Hasche G. m. b. H.
Daressalam.

Seifenfabrik W. J. Tamé, Tanga

verkauft Seife zu enorm billigen Preisen nur an Wiederverkäufer
Muster u. Preise stehen gern zur Verfügung.

Billiger wie jede andere Seife.

Für die Einführung unserer

Wolffettprodukte

für pharmaceutische und technische Zwecke und der damit hergestellten.

Lanolin - Cremes - Seifen

und dergl. suchen wir eine grosse Firma, welche den **Alleinverkauf für Deutsch-Ostafrika**

übernehmen möchte. — Kleine Muster sind in der Expedition dieses Blattes niedergelegt.

Offerten mit Angabe von Bankreferenzen erbittet die

Chemische Abteilung der Norddeutschen Wollkammerei
Delmenhorst (Oldenburg.)

Frachtbriefe der O. A. E.

Zoll-Ausfuhranmeldungen
Zoll-Einfuhranmeldungen
Ladescheine der Flottille
Zollverordnungen
Bergverordnungen

erhältlich bei der Buchhandlung Daressalam,
Unter den Akazien Nr. 2.

Expedition Commission
Arno Roder, Tanga
Postfach No. 13
Übernahme von Vertretungen.
Verladungen durch eigene Leichter.
Zollabfertigungen und sämtl. Besorgungen
resp. Einkäufe am hiesigen Platze.

Sprachkundigen
**Pflanzungsassistenten,
Bauassistenten**
Goa oder billige Schreibhilfe
sucht baldigst
Pflanzung Mkoe, Post Lindi.

Zur Enthüllung des Wissmanndenkmals.

Aufführung des Vater- ländischen Frauenvereins

(Zweigverein Daressalam)

am 3. April abends 8 Uhr im Silo:

Prolog
Landerkennung (Chor) . . . von Grieg.
Witrolf (Chor) von Hagen.
Ständchen (Sopran solo) . . von Rich. Strauß.
Lied des Hagen aus der
Oper „Die Nibelungen“ v. G. Meyerbeer.

Pause.

Handels Gardinenpredigten
(Schwank in einem Akt) . . . von Moser.
Ein Sonntag auf der Alm (Chor) von Kofchat.
Das Schwert des Damokles
(Schwank in 1 Akt) von Buttlitz.

Preise. Nummerierte Plätze: Reihe 1 bis 8 kosten 5 Rupie. Alle übrigen 3 Rupie. Programme sind an der Kasse zu kaufen, wobei dabei der Mildtätigkeit irgendetwas Grenzen zu setzen.

Unser Lager an
Copierpressen
Copierbücher
Copiernäpfe
Copierpinsel
Löschpapier
Löcher
Radirmesser
Radirgummi
Federn
Federhalter
Bleistifte
Rotstifte
Blaustifte
Lineale
Tinte
Contorbücher
Noten für Klavier
Klavierschalen
etc. etc.
sei hiermit in höfl. Erinnerung
gebracht
Buchhandlung Daressalam,
unter den Akazien

ROM

Deutsches Hotel garn

via Sistina 149

(Ecke Piazza Barberini).

Neu eröffnetes Haus mit allem Comfort
Im Zentrum der Stadt.

Zivile Preise. 5% Rabatt den Herren Militärs und
Kolonialbeamten.

Um gütigen Zuspruch bittet

OTTO KOERBS

Langjähriger Oberkellner im Hotel Hassler.

Wissmann-Hotel.

Hotel-Bar und Restaurant

14 Zimmer mit elektrischer Beleuchtung.
Europäischer Koch.

Pension Rp. 65.— monatlich

Wohnung mit Pension Rp. 4.75 u. 4.25.

Zugusche, kontinentale und orientalische Küche.

Alleinverkauf: Französischer Rotwein „Rivoire“.

Commissions-Agent

Box No. 13.

M. Th. Curmulis & Co.

Deutsch-Ostafrika im Reichstag.

Die Generaldebatte im Plenum.

(Freitag, den 26. Februar)

(214 Sitzung.)

(Fortsetzung)

Herr v. Siebert: Wir wollen heute auf die einzelnen Schutzgebiete noch nicht eingehen, sondern mit dem Reichskolonialamt ist nur der eine Titel aus dem ostafrikanischen Etat, das Gehalt des Gouverneurs, verbunden. Nun liegt eine ganze Reihe von Klagen und Beschwerden und ungünstigen Stimmen, die aus Ostafrika hervorgetreten sind, teils in Zeitungen, teils in Briefen, teils in persönlichen Mitteilungen, die an Abgeordnete der verschiedenen Parteien gekommen sind, vor. Alle diese Mitteilungen haben merkwürdigerweise eine persönliche Spitze immer gegen den jetzigen Herrn Gouverneur. Meiner Ansicht nach sind es alles rein sachliche Dinge, die sachlich behandelt werden sollten, und die jedem anderen Gouverneur auch hätten passieren können. Ich für meine Person ganz besonders habe nicht nur nichts gegen den jetzigen Gouverneur einzuwenden, sondern bin ihm sehr gut bekannt und er mir, da wir vier Jahre draußen zusammen gewirkt haben; Herr von Nechenberg war deutscher Konsul in Zanzibar, während ich Gouverneur in Daresalam war. Ich kenne ihn persönlich als einen ganz ausgezeichneten, gründlich geschulten Beamten, der in wirtschaftlichen Fragen, in Zollfragen sehr festes und abgerundetes Urteil hat. Als er zum Gouverneur ernannt wurde, habe nicht nur ich, sondern alle Afrikaner, die Herrn v. Nechenberg kannten, dieser Ernennung zugestimmt; denn wir wußten, daß er der richtige Mann auf dem richtigen Fleck ist, daß er nicht als Gouverneur in die Kolonie hineingeworfen kam, sondern als einer, der die Verhältnisse übersehen hat. Er hatte gerade in Zanzibar als deutscher Konsul den Schutz der Araber, der Indier, der Suaheli, die sich dort unter deutschem Schutz gefühlt hatten, zu überwachen und damit eine recht vielfältige Tätigkeit, bei der er die Eingeborenen in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen kennen lernte. Nachdem er zwei Jahre Gouverneur ist, sind die verschiedenen Klagen und Beschwerden hierher nach Berlin gekommen, aus denen vielleicht hervorgeht, daß sich der Gouverneur in einer gewissen einseitigen Richtung bewegt habe, daß er die Eingeborenen, die Araber, die Indier besonders vorziehe, und daß die Deutschen sich dadurch etwas beeinträchtigt und benachteiligt fühlten.

Nun darf ich auf die einzelnen Punkte eingehen und speziell mit der Zuckerfrage beginnen, um dann nachher die Eingeborenen zu behandeln.

Sie wissen alle, daß die Zucker zugewandert in Ostafrika sind, daß sie speziell aus einer Landschaft Gujerat in Nähe der Indusmündung kommen, und daß sie die Landessprache Gujerati, wie sie in Afrika genannt wird, sprechen. Die englische Regierung gestattet aber nur die Auswanderung von Leuten aus der kaufmännischen und Professionistenklasse, leider nicht von Landwirten. Die letzteren wären für uns von größter Bedeutung, denn sie würden als Vorarbeiter für die Negler von ausgezeichnetem Wert sein. Die zugewanderten Kaufleute sind nun meist ganz arme Leute, die ohne Kapital in die Kolonie kommen und durch ihre geschäftliche Gewandtheit eine Rolle spielen. Dem deutschen Großkaufmann sind sie sympathisch; denn sie bilden ein geschicktes Mittelglied zwischen dem nur Kleinhandel treibenden und sehr schwerfälligen und langweiligen Negler und dem Kaufmann, der die Waren nur in großen Posten einkaufen will. Andererseits sind sie aber für den Negler in gewisser Weise verhängnisvoll; denn sie machen eben in jede Weise Geschäfte und suchen sich schnell zu bereichern, vor allen Dingen auf wucherischem Wege. Erstensmal weiß beim Einkauf von Waren der Zucker den Negler natürlich sehr leicht zu überbieten. Das ist ja nicht schwer, wenn man Naturalprodukte einkauft und ihm dafür andere Waren, die er braucht, zum Taufschuß gibt; bei diesem Taufschuß ist das Naturkind immer benachteiligt. Aber auch bei Anleiheverhältnissen, in Darlehensgeschäften kommt der Negler schlecht weg. Ich nehme z. B. an, ein Negler arbeitet auf einer Plantage und erwirbt dafür 12 Kupfer Lohn im Monat, das sind 15 Mark in deutschem Gelde. Da er keine Hoiensache und keinen verschleißbaren Kasten hat, so will er das Geld irgendwo anbringen, da er 6 Monate auf der Plantage zu arbeiten hat. Er geht also zum nächsten Zucker und gibt ihm das Geld zum Aufbewahren. Der Zucker gibt ihm aber nicht etwa Zinsen, sondern berechnet sich noch etwas für das Aufbewahren, und wenn der Negler dann wieder kommt, hat er alle möglichen Ausflüchte: der Negler hätte ihm weniger gegeben, — und so und so oft wird es überhaupt abgelehnt, daß das Darlehen da wäre, sobald der Negler dann um seinen ganzen Besitz kommt. Das schlimmste aber ist die Führung der Geschäftsbücher, denn die ist bis jetzt unkontrollierbar. Die Zucker schreiben ihr Gujerati, und zwar mit Schriftzeichen, die wir gar nicht kennen. In dieser Schrift werden auch die Bücher geführt; daher kommt es, daß sie unkontrollierbar sind. Man wird von allen Interessierten geordert, daß die Zucker ihre Geschäftsbücher in einer der gangbaren Sprachen führen, also in Deutsch, Englisch oder Suaheli; darin sind wir ihnen gewachsen, aber nicht in Gujerati. Ich meine, der Gouverneur könnte dieser Forderung wohl entsprechen, damit eine wirkliche Kontrolle der Geschäftsbücher durchgeführt werden kann.

Eine zweite Klage bezüglich der Zucker ist die, daß bei der Neuordnung der Gewerbesteuer diejenigen Zucker, die unter 2000 Mark Kleingewinn haben, von der Gewerbesteuer befreit sind. Da sagen die anderen Leute: die Zucker geben ihren Kleingewinn nicht genau an, und kontrollierbar ist er nicht; da kommt n sie alle durch, ohne Steuer zu zahlen. Da wäre auch eine strenge Kontrolle oder irgend eine Maßregel, durch die man die Zucker ebenso fast wie jedem anderen, wohl am Platze.

Die allgemeine Klage geht aber dahin, daß wir überhaupt zu viel Zucker in der Kolonie haben, und daß der Zustrom immer noch weiter geht. Die britischer Kolonien wissen sich der Zucker zu entledigen. Das Natalparlament hat im vorigen Jahre gesetzmäßig festgestellt, daß vom 31. Dezember 1908 ab den Zuckern keine neue Handelskonzession gegeben werden darf, und daß vom 31. Dezember 1918 die gegebenen Konzessionen nicht mehr Gültigkeit haben.

(Hört! hört! rechts)

Dort ist also ein Wunsch der Zucker direkt festgestellt. Nun kommen die natürlich dahin, wo sie sehen, daß sie gute Aufnahmen finden, noch dazu, wenn sie hören, was gerade der deutsche Gouverneur besonders freundlich den Afrikaner, den Araber und Leuten gegenübersteht. Wir wissen ja, daß die Zucker englische Untertanen sind, daß wir nicht direkt gegen sie vorgehen können; ich glaube aber, daß gewisse Vorsichtsmaßregeln doch wohl ihnen gegenüber geboten wären, um diesen — wie soll ich es nennen? — unläuteren Wettbewerb einzuschränken. Ich komme dann zu den Eingeborenen des Landes, zu den Negern. Da hat sich infolge ein Wandel vollzogen, als das bisherige, ich möchte sagen, patriarchalische Regiment aufgehört und einer anderen Strömung Platz gemacht hat. Es ist jetzt

die breitesten Humanität an die Stelle der früheren ruhigen sachlichen Strenge getreten, und das merken die Eingeborenen natürlich sehr schnell. Vor allen Dingen macht es sich bemerkbar in den milderen Strafen. Wir haben nun einmal von den Arabern das Strafsystem Todesstrafe durch Hängen, der Kettenstrafe und der Prügelstrafe übernommen; andere Strafmittel gibt es dort in den Tropen nicht, an den drei müssen wir schon festhalten. Und die Prügelstrafe ist außerordentlich herabgemildert worden, von den früheren 50 Hiebe, auf 25 und jetzt auf 10 Hiebe, und diese 10 Hiebe sind nicht so schlimm, wie wir das uns als Kulturmenschen vorstellen, weil wir ja doch mit einer Kasse dort zu tun haben, die ein weniger feines Nervensystem hat als der Europäer. Damit müssen wir vor allen Dingen rechnen.

Nun ist aber weiter festgestellt, daß die Prügelstrafe nicht mehr freihändig, disziplinarisch verabsolgt werden darf, sondern nur gerichtlich und am Licht — eine sehr wichtige Maßregel, die an sich durchaus zu billigen ist, aber ihre großen Schwierigkeiten in der Ausführung hat, weil die Entfernungen so groß sind, und weil jeder, der bestraft werden soll, erst auf viele, viele Meilen zum Bezirksamt geführt werden muß. Es geht also nicht nur der eine Arbeiter, der Boy usw., verloren, sondern auch derjenige, der ihn auf das Gericht bringen muß, und zwar so und so viel Tage, wie der Hin- und Rückmarsch beträgt. Das macht sich empfindlich geltend und kommt auf den Plantagen besonders zur Sprache.

Der Negler fühlt also, daß er sehr viel milder behandelt wird, und das macht sich bemerkbar in einer starken Auffälligkeit, und in einem Aufbäumen gegen die Befehle, gegen die Anordnungen, die ihnen von den Weißen gegeben wurden. Ich kenne speziell unsere Küstenneger recht genau, und ich gönne ihnen die Fröhlichkeit, den Übermut, den Leichtsin, in dem sie dahin leben, sehr gern; aber es ist doch auch zu berücksichtigen, daß alles seine Grenze hat, daß wir immerhin nur etwas über 2000 Weiße in dem Negergebiet sind, denen 8 bis 10 Millionen Negler gegenüberstehen. Wo Keipelt, Autorität und Freiheit der weißen Rasse müssen doch gewahrt werden, und das, fürchten viele, geht verloren. Ich habe als Gouverneur viele solcher Andeutungen bekommen: dort ist die Weggang unruhig usw. Ich habe mich nicht gaulen lassen, und es ist auch gut gegangen. Aber immerhin, die Augen müssen offen sein, und wir dürfen uns nichts verbergen, müssen immer bereit sein, daß wir der Gefahr gegenüberstehen und sie in irgendeiner Weise parieren können. Mir ist vor wenigen Tagen hier in der Kammer des Reichstags von einem Herrn, der eben aus Ostafrika kam, erzählt worden: er schickt von der Plantage einen faulen, reitenden Negler nach Tanga auf das Bezirksamt zur Bestrafung. Der Aufseher, der ihn hinführen soll, ist ein Angehöriger des Wangema-Stammes, der am Kongo lebt, weit ich vom Tanganjika, eines kriegerischen, desben, rauhen Stammes, der sehr viel auf Autorität hält und deshalb gerade zu Aufseher- und ähnlichen Stellen sehr gut zu gebrauchen ist; dieser Aufseher, der den Auftrag erhalten hat, sagt: „bana, serkal hapana nguru, nguru mekwischa“ — d. h. zu deutsch: Herr, das Sertal — die Regierung — hat keine Gewalt, keine Autorität mehr, (Hört! hört! rechts).

die Autorität ist vorbei. Das ist ein hartes Wort, aus Negermund, das zu hören — und das geht leider als geflügeltes Wort durch die ganze Kolonie und wird herumgeschrien und macht böses Blut — mir schmerzlich geworden ist. Das ist eben nur ein Zeichen der Zeit, aber ein böses Symbol.

Nun ist ein Hauptpunkt des Interesses für die Pflanzer in Ostafrika die Arbeiterverordnung, von der ich schon im vorigen Jahre gesprochen habe, die aber noch immer nicht Gesetzeskraft erlangt hat. Da dreht es sich um vier wichtige Punkte, nämlich um die Einrichtung der Distriktskommissionen, die Art der Anwerbung mit eventueller Kautionsstellung usw., um die Behandlung der Prügelstrafe, ob amtlich oder privat, und endlich um die Berechnung der Arbeitsstage. Die Arbeiter werden gewöhnlich auf 6 Monate engagiert und sollen nun 180 Tage arbeiten, sie arbeiten aber in der Woche nur einige Tage und brauchen deshalb eine lange Zeit zur Ableistung ihrer Arbeitsverpflichtung. In bezug auf alle diese Punkte hatten die Pflanzer bestimmte Interessen zu vertreten und haben sie zur Geltung gebracht. Es ist sehr erfreulich, festzustellen, daß der Herr Staatssekretär, als die Arbeiterverordnung hier eingebracht war, auf die Vorstellungen des Vertreters des Pflanzerverbandes von Nambara eingegangen ist und auf dessen Mißsprache gehört hat, mit ihm die verschiedenen Punkte durchgesprochen hat, und daß diese Verordnung noch einmal nach Ostafrika zurückgegangen ist. Mehr können wir sicher nicht verlangen, als das alle gehört werden, und daß nun noch einmal Verhandlungen zwischen dem Gouverneur und den Pflanzern stattfinden, und ich hoffe zuversichtlich, daß diese für das ganze Land so sehr wichtige Verordnung in einer Fassung herauskommen wird, die alle Teile befriedigt. Der Gouverneur braucht nur ein wenig entgegenzukommen; denn die Pflanzer haben auch schon eingesehen, daß sie nicht mit dem Kopf durch die Wand kommen, daß das Land nicht allein ihr Eigentum da ist, und daß die Negler auch Rechte haben und nur zu der Arbeit verpflichtet sind, für die sie engagiert sind usw. Ich glaube, daß sich das ganz gut einrenken wird.

Ein weiterer Wunsch der Deutschen in Ostafrika bezieht sich auf einen Punkt, der bereits im März 1906 den Gouvernementsrat beschäftigt hat, und der noch nicht erledigt worden ist. Es ist damals im Gouvernementsrat ein Antrag auf Erhöhung und Differenzierung der Hüttensteuer beschlossen worden. Die Hüttensteuer wurde vor 11 Jahren eingeführt. Sie hat sich infolge doch sehr gut bewährt, als sie sehr bedeutende Einkünfte bringt, auf die Negler moralisch außerordentlich gewirkt hat, indem sie sie zur Arbeit angehalten hat, und als unsere Verwaltung dadurch wesentlich gestärkt worden ist. Nun sind aber seitdem 11 Jahre ins Land gegangen, das Land hat sich ganz außerordentlich gehoben und entwickelt, aber es hat sich verschieden entwickelt: einige Bezirke haben sich glänzend entwickelt, und andere sind zurückgeblieben je nach den Bodenverhältnissen, der Küstennähe usw. Die Hüttensteuer beträgt nur 3 Kupfer per Jahr für die Familie, das sind 4 Mark. Ich führte vorhin an, daß der einzelne Arbeiter auf der Plantage 12 Kupfer im Monat verdient und dazu sein Pokcho, d. h. seine Verpflegung noch dazu bekommt. Das sind doch für die Leute sehr gute Verhältnisse, und es könnte ein erhebliches höherer Steuerbetrag eingezogen werden. In den englischen und französischen Kolonien sind die Steuern erheblich höher. Andererseits muß man in dieser Frage sehr vorsichtig und nicht drakonisch vorgehen, um die Leute nicht zu verärrern. Es ist wohl angezeigt, daß man genau die einzelnen Bezirke ansieht nach ihrer Höhe und Erwerbsmöglichkeiten, und daß man danach irgend welche Verschiedenheiten in den Steuerätzen einführt. Jedenfalls ist das ein sehr wichtiges Kapitel, das nicht hier, sondern im Lande dort eingehend erörtern werden muß, und von dem ich auch wünschen möchte, daß der Gouverneur auf die Vorstellungen des Gouver-

nementsrats und der Deutschen im allgemeinen eingehen möge. Ich bin sehr überzeugt, daß dann auch eine ganz glatte Vereinbarung sicher zustande kommen wird.

Die Budgetkommission hat sich dann mit einem Staatsposten beschäftigt, der die Aufhebung der Kommunalverbände betraf. Diese Kommunalverbände hängen mit der Hüttensteuer eng zusammen. Als ich am 1. April 1899 die Hüttensteuer einführte, da wünschte ich den sämtlichen Bezirken, in denen die Hüttensteuer erhoben wurde, 50 Prozent der Abgabe zurückzugeben, damit für die Wohlfahrt der Bezirke auch etwas geschehe, und um so die Gemüter mit dem doch immer unangenehmen Steuerzahlen zu versöhnen. Denn es war mir gleich beim ersten Eingehen der Steuer gemeldet worden, die Leute fragen: für wen zahlen wir die Steuer? ach, der Banaluba in Daresalam braucht Geld! Also nach Ansicht der Leute sollte ich die Steuer der Negler in meine Tasche stecken. Früher hatte nämlich der Sultan von Zanzibar Klavias im Lande machen und durch seine reichen Araber betrübliche Steuern einzuziehen lassen. Wir haben nun die Negler daran gewöhnt, daß das eine normale, regelmäßige, staatliche Steuer sei, die sie jedes Jahr wieder leisten müßten, und sie haben sich daran gewöhnt. Um ihnen ein Äquivalent zu bieten, wurden diese Kommunalverbände geschaffen, wo den Bezirken selbst wieder die Hälfte zuzuführen sollte, was sie als Steuer einlieferen. Das wurde hier in Berlin nicht genehmigt, sondern der Reichstag setzte fest, daß nur für die Küstenbezirke 50 Prozent, für die anderen Bezirke aber bloß 10 Prozent gegeben wurden. Das ist natürlich nicht viel, aber immerhin ist doch eine Art, wenn man es so nennen darf, Selbstverwaltung eingeführt. Die Bezirke haben so etwas Geld zum Ausgeben für Wegebau, Krankenhäuser und Wohlfahrtsanstalten. Der Herr Staatssekretär hat diese Sache an Ort und Stelle und auch hier genau geprüft und ist zu der Einsicht gekommen, die durchaus richtig ist, daß es eigentlich keine wirkliche Selbstverwaltung ist. Denn er sagt: die Steuer zahlen die Eingeborenen und die 50 Prozent, die zurückkommen, kommen mehr oder weniger den Weißen zu gute, die die Kulturinteressen genießen und vertreten. Wir haben früher diesen Unterschied zwischen Schwarz und Weiß nicht gemacht, und da hieß es einfach: die Interessen des Bezirks, — aber ich muß zugeben, daß diese Trennung viel genauer ist, und ich sage mich schon deshalb, weil wir ja damals aus den rohesten Anfängen heraus die Sache geschaffen haben. Die Herren werden mir zugeben, daß es keine leichte Aufgabe ist, für ein Gebiet, das doppelt so groß wie das Deutsche Reich ist, unter den Tropen und unter fremden Verhältnissen den ersten Steuererlaß auszubereiten. Herr v. Bennigsen, mein damaliger Finanzreferent, der diese Sache im Reichstag ausgearbeitet und mich dabei ausgezeichnet unterstützt hat.

Diese schwere Arbeit muß selbstverständlich von allen 10 Jahre revidiert werden und verbessert werden, und da Herr Staatssekretär des jetzigen Herrn Gouverneurs und des Herrn Staatssekretärs ganz recht, wenn sie sagen: hier muß Wandel und eine wirkliche Selbstverwaltung geschaffen werden; es dürfen nicht so große Summen, wie sie jetzt in Gestalt der 50 Prozent zurückfließen, unkontrolliert ausgegeben werden. Darauf muß auch Wert gelegt werden, daß die Verwaltung dieser Gelder kontrolliert wird. Ferner gebe ich gern zu, daß auch die Persönlichkeiten, die sich im Laufe des Jahrzehnts eingefunden haben, um diese Verwaltung zu leisten, auch nicht immer die besten waren. Sie mußten engagiert werden, wo man sie eben bekommen konnte, vorausgesetzt, daß es nur unbescholtene Leute an sich waren. Also alles das bedarf einer scharfen Kontrolle. Der Ausweg, der nun gefunden ist, daß man statt der 50 Prozent nur 25 Prozent den Bezirken gibt, scheint mir durchaus günstig, zum mindesten ein gutes Provisorium zu sein. Man muß eben sehen, wie sich die Sache dann weiter entwickelt, und wie sie fortschreitet. Jedenfalls wird jeder, der die Natur- und Zustände kennen gelernt hat, wie sie früher in Ostafrika waren, es mit Freude begrüßen, daß die Verwaltung jetzt auf so schnell fortschreitenden Wegen sich entwickelt. Auch das ist ein Punkt, der sich nach meiner Ansicht ganz glatt erledigen läßt.

Ein Schmerzenskind ist dann noch die deutsche Schule in Daresalam, die voriges Jahr den Reichstag und die Budgetkommission beschäftigt hat. Die Schule war aus Mangel an Kindern eingegangen. Sie ist dann wieder eingerichtet worden. Die Kinder waren der katholischen Mission überwiesen worden. Nun wollte man doch auch noch eine protestantische Schule haben. Sie ist wieder eröffnet mit 2, dann mit 5 Kindern, später waren es 7 und 11, und so wächst sie weiter. Aber leider besteht die Schule aus einem gemieteten Haus und hat nur zwei enge, sehr bescheidene und wenig gefällige Zimmer. Das ist in den Tropen nun recht bedenklich; denn dort sind gerade die Kinder der Malavia am meisten zugänglich und müssen besonders gut geschützt werden. Wenn man da geklagt wird: ja, unsere Kinder müssen da in die Schule gehen und haben die beiden doch nur sehr bescheidenen, schlechten Räume, — so muß ich dieser Klage Raum geben, und das berührt mich um so mehr, weil ich vor 10 Jahren dort in Daresalam ein schönes, luftiges, geräumiges Schulhaus für die Suahelinder erbaut habe. Wir haben ein wirkliches Schulpalais, kann man sagen, d. h. ein nach allen Richtungen der modernen Schulweisheit gebautes Haus, und unsere deutschen Kinder haben sehr mangelhafte Räume. Das ist wieder ein Punkt, wo die Leute draußen sehr klug sind, wo das weiße Prestige in Frage kommt, und da möchte ich dringend bitten, daß man so bald als möglich ein deutsches Schulhaus in Daresalam hinstellt.

Nun fragt es sich: woher die Mittel beschaffen? Im Etat steht nichts; die Sache aber drängt. Ich habe angenommen, daß die neue Stadtgemeinde von Daresalam, die jetzt geschaffen werden soll, als eine der ersten Pflichten eine Schule einrichtet, ein Haus baut oder mietet oder sonst etwas unternimmt. Ich möchte dringend bitten, daß man, wenn etwas derartiges beabsichtigt ist, es auch recht bald zur Ausführung bringt. Das wird wieder eine ganze Reihe von aufgeregten Gemütern draußen beruhigen. Eine Frage, die sich einmal als Sechslange durch Jahre hingezogen hat, wirkt ja unangenehmer als eine, die plötzlich auftritt, und ich glaube, es liegt hier einfach eine Willigkeit vor, wenn dieser Bau ausgeführt wird.

Ein weiterer Punkt ist der Wegebau. Über diesen kommen von allen Seiten sehr viele Klagen und Wünsche. Mein Herr Nachfolger Graf Wälden hatte im Jahre 1905 beantragt, daß für den Wegebau in der Kolonie etwas Durchgreifendes, Ordentliches geschehen soll, und hatte damals eine Denkschrift eingereicht, nach der 10 Millionen und einige hunderttausend Mark gefordert waren, um im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren jedes Jahr 600 000 Mark für einen großzügigen Wegebau, auszugeben, eine Sache, der die Budgetkommission und der Reichstag damals zugestimmt haben, und worauf nun die ganze Aufmerksamkeit in die Wege geleitet worden ist. Es ist nun gebaut worden im Jahre 1905, 1906, 1907 und jetzt 1908, und soweit mir bekannt ist, ist eine große Straße von Daresalam

nach Bagamoyo gebaut worden, die vielleicht weniger wichtig wird, weil man da immer zu Wasser verkehrt. Zimmerlin ist gegen die Verbindung der beiden wichtigen Städte an der Küste nicht einzuwenden. Ferner ist eine sehr wichtige Straße von Mombasa, von der Mambatabaha nach Wilhelmstal hinauf, nach der Hauptstadt von Westusambara gebaut worden, ein sehr wichtiger Weg, der Jahre in Anspruch genommen hat, weil er durch sehr schwieriges Bergterrain hinaufgeführt werden mußte, damit wirklich Lastwagen dort verkehren können, eine Straße, die leider noch nicht zu Ende geführt ist.

Nun kommt ein weiteres Schmerzenskind, das ist eine große Straße vom Endpunkt der Mambatabaha, von Mombasa in der Richtung am Paregebirge entlang auf den Kilimandjaro, eine Richtung, die wir selbstverständlich für den Verkehr als nötig feststellen müssen, weil der Kilimandjaro und sein ganzes Um- und Hinterland für uns ein großes Zukunftsgelände ist. Nun hat man, wenigstens wie ich es auffasse nach Berichten, die mir von den verschiedensten Seiten zugegangen sind, Fehler im Bauarrangement gemacht, indem man an den allerwichtigsten Punkten gleichzeitig angefangen hat zu bauen, den Boden aufzurißen, Schotter hingeworfen hat. Dann hat das Geld nicht gereicht, genug, die Straße ist nicht an einem Punkte, sondern an 10 und 12 Punkten in gänzlich unbrauchbarem Zustand liegen geblieben. Das mag durch die Verhältnisse bedingt sein. Ich weiß, welche Schwierigkeiten man zu überwinden hat, besonders wenn im Laufe des Etatsjahres das Geld ausgeht, und man nicht weiter bauen und arbeiten kann. Aber ich glaube, das ist doch wohl zu rügen, daß man nicht einfach von einer Stelle aus gebaut hat, wie man es sonst gewöhnlich tut und, die ganze weitere Strecke brauchbar ließ und sie nicht einfach umwühlte. Das ist aber eine technische Sache. Der Hauptpunkt liegt darin, daß dem Herrn Gouverneur vorgeworfen wird, er wollte diese Straße durch dick und dünn bauen, während die anderen Leute alle die Eisenbahn haben wollen, und man will nun doch nicht die großen Kosten, die diese feste Straße dort in den Tropen verursacht, erst ausgeben und dann nachher parallel die Eisenbahn laufen lassen. Das sind natürlich finanzielle Gesichtspunkte die hier mitzureden. Augenblicklich ist die Straße von hohem Wert, wenn sie einmal fertig ist. Sie soll durch Lastfahrzeuge, Lastautomobile u. dgl. den Verkehr von der Eisenbahn vermitteln nach Same und dem Kilimandjaro. Die Straße wird östlich des Paregebirges nach dem Kilimandjaro geführt.

Aber wir müssen nun, glaube ich, darauf bestehen, daß uns diese Mambatabaha nicht ad calendas graecas hin stellt, sondern so schnell wie möglich gebaut wird; denn hier dürfen nicht allein die rein materiellen Mehreinnahmen mitzureden, sondern hier handelt es sich um ein Stück deutsch-nationaler Besiedlungspolitik für die ganze Kolonie. Ich habe hier gerade einen sehr interessanten Auszug von Herrn Dr. Mohrbach, der noch in den letzten Monaten des vorigen Jahres in Ostafrika, in Mambata, am Kilimandjaro war, und die Länder in bezug auf Besiedlungsfähigkeit befragt hat. Dr. Paul Mohrbach hat einen guten Namen. Er hat die ganze Welt bereist, hat berühmte Schriften über Mesopotamien und über Südwestafrika geliefert, er war im Kolonialamt beschäftigt und gilt als eine gewisse Autorität auf diesem Gebiete. Das ist nun wieder ein sehr starker Kronzeuge für alles das, was wir hier bisher für die Besiedlungsfähigkeit von Ostafrika dargelegt haben. Er stellt sehr interessante Berechnungen an und führt an, das Weideland am Meruberge wäre genau fünfmal mehr wert als die Weide in Südwestafrika im guten Hererolande. Das ist ein großes Wort, das hier ausgesprochen wird, daß durch Viehzucht allein schon eine Besiedlung und damit eine Ernährung vieler Deutschen ermöglicht wäre.

Dahin wollen wir doch vor allen Dingen streben, daß wir unsere Kolonien, wo es geht, zu deutschen Besiedlungsgebieten machen. Da können wir dem Eingeborenen nichts nehmen, wo keine oder ganz wenige Eingeborene nur leben. Wenn wir dort deutsche Familien zu Tausenden hinschicken könnten — hier sind 100 000 Quadratkilometer genannt, die wir besiedeln können, 100 000 —, wenn wir dann Tausende von Familien hinführen, machen wir die Länder doch wirklich zu deutschem Gebiet und legen voll die Hand darauf. Wir versichern uns des Landes. Wir haben in jeder Familie nicht bloß den Vater, sondern auch die Söhne, jeder mit einer Wäsche bewaffnet. Es sind Waffen im Lande, die uns gegen alle Gefahren schützen, jedoch wir nicht nur auf die paar Kompagnien Schutztruppe angewiesen sind, von der wir heute auch noch kaum wissen, ob sie uns treu bleiben werden, sondern wir keine fremden Truppen mehr einstellen dürfen, sondern nur eingeborene deselben Landes in unsere eigene Schutztruppe aufnehmen können.

Also auch hier komme ich zu dem Schluss, daß diese Frage des Wegebaus einmal gründlich untersucht werden muß und daß da ein, wie soll ich sagen, Eingriff geschehen muß, ob wir uns nicht doch lieber dazu entscheiden, gleich und schnell die Eisenbahn zu bauen und die Kosten für den Wegebau zu sparen. Ich habe mir erlaubt, einen Antrag einzubringen, der gleich dem hohem Hause zugehen wird, daß wir uns einmal über die Verwendung der Gelder vergewissern, die bisher für den Wegebau ausgegeben worden sind. Ich habe nun einen Nachtrag vor dem Reichstag gebeten, wie die durch die Denkschrift von 1905 angeforderten und dann bewilligten Gelder für den Wegebau in den Jahren 1905, 1906, 1907 und 1908 verwendet worden sind. Ich glaube, es ist eine entsprechende Form, daß der Reichstag sich nur einmal vergewissert, wie die Sache liegt. Ich möchte dem Herrn Gouverneur nicht etwa Schwierigkeiten machen, sondern ganz im Gegenteil, ich hoffe in seinem Sinne zu handeln; denn ich erlebe es im Deutschen Reichstag, daß man nach 10 oder 12 Jahren aufgefordert wird, Aufklärung zu geben über Verwendung von Geldern, die einem aus dem Gedächtnis verschwunden ist, wo keine Beamten mehr vorhanden sind, welche Aufklärung geben können.

Wir wollen das Präventiv spielen und wollen festlegen, wie die Gelder verwendet sind, gerade jetzt, wo sie eben verwendet sind und noch verwendet werden, und zusehen, ob sie nicht vielleicht besser angewendet wären als zu einem Zwecke, zu dem sie einmal vor vier Jahren bestimmt worden sind.

Speziell möchte ich damit schließen, daß gerade die Besiedlungsfrage dem Herrn Gouverneur noch einmal recht warm ans Herz gelegt wird. Ich weiß, daß er sehr fest in seinen Ansichten ist, daß er sich nicht leicht eine Ansicht bildet, dann aber energig dabei bleibt, und daß er bisher noch nicht die Frage beantwortet hat: lohnt die Besiedlung wirklich, ist sie wirklich von großem Nutzen für die Kolonien und für das deutsche Volk? Natürlich muß der Beweis erst geliefert werden, und durch die bisherigen Versuche am Kilimandjaro und durch die mangelhaft ausgewählten Deutsch-Arbeiter und andere Ansiedler ist der Beweis noch nicht gebracht. Trotzdem glaube aber nicht nur ich, sondern viele andere mit mir, daß wir wirklich ein großes und gutes Gebiet haben, das sich für die Deutschen eignet, und wir rechnen auch auf den Herrn Gouverneur v. Lindquist, der vom Victoriasee aus die ganzen Steppen durchquert hat und als Kenner zurückkehrend uns ein Urteil abgeben wird. Dadurch werden wir uns ein festes positives Urteil bilden können.

Im ganzen resumiere ich mich dahin, daß ich dringend bitten möchte, all den Anträgen, Klagen, den Beschwerden usw. die aus Ostafrika eingelaufen sind, in welcher Form auch immer, die persönliche Spitze abzubrechen und alles nur rein sachlich zu behandeln; denn tatsächlich ist Punkt jeder einzelne Antrag zu erwägen und hat mit der Person des Herrn Gouverneurs nichts zu tun. (L. bhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrat Staatssekretär, des Reichskolonialamts, Wirklicher Geheimrat Dernburg.

Dernburg: Wirklicher Geheimrat, Staatssekretär des Reichskolonialamts, Bevollmächtigt zum Bundesrat: Meine Herren, dem Herrn Vorredner spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus für die Worte, die er der Kolonialverwaltung als Ganzem geollt hat. Ich entnehme daraus die Ermutung, auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortzugehen und in den Bestrebungen nicht nachzulassen.

Herr Abgeordneter v. Liebert hat auch mit vieler Freundlichkeit der Verdienste des Herrn Gouverneurs von Ostafrika gedacht. Es erübrigt sich für mich, mancherlei nach dieser Richtung hin zu sagen, was ich sonst auf dem Herzen gehabt hätte, nachdem aus dem Hause heraus festgestellt ist, wie schwierig die Aufgabe eines Gouverneurs in Ostafrika sind, und welche große Anzahl von Interessen er zu vereinigen hat, sodaß er es selbstverständlich nicht allen recht machen kann.

Herr bin ihm auch dafür dankbar, daß er klar dargelegt hat, daß alle die Beschwerden, deren ja eine ganze Anzahl durch die Presse gegangen sind, rein sachlich behandelt und erledigt werden können, und ich werde meinerseits nichts tun, um diese sachliche und ruhige Erledigung irgendwie zu erschweren oder zu hindern.

Er hat mir ein bischen Temperament vorgeworfen, daß ich in gewissen Momenten erregter Debatte nicht hätte unterdrücken können. Der Herr Abgeordnete v. Liebert besitzt glücklicherweise eine ganze Menge von Temperament, wie wir es hier im hohen Hause schon öfter haben erfahren können, und er wird das deshalb begreifen und, ich nehme an, auch verzeihen.

Nun hat er mir aber ganz besonders vorgeworfen, daß ich gestern oder vorgestern in der Kommission gesagt habe, ich verrete in einer gewissen Frage das deutsche Volk. Nun, meine Herren, wir vertreten hier alle das deutsche Volk (sehr richtig).

alle miteinander, und was ich da gemeint habe, ist, daß ich gegenüber partikularkolonialen Interessen, die es auch gibt, im wesentlichen doch auf dem Standpunkt stehe, daß die allgemeinen Interessen des deutschen Volkes diesen partikularkolonialen Interessen vorgehen müssen, und auf dem Standpunkt bin ich noch heute. (Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete v. Liebert hat gesagt, es sei in Afrika bei unseren deutschen Kolonien die Ansicht verbreitet, daß der jetzige Gouverneur mit Rücksicht auf seine frühere Tätigkeit in Sanibar eine besondere Vorliebe für das gelbe Element habe, und dadurch stüßten sich unsere westlichen Landsleute zurück. Der Herr Abgeordnete v. Liebert hat nicht gesagt, daß es so sei, aber er hat eine Stimmung ausgedrückt. Nun, meine Herren, in einem solchen Lande wie Ostafrika, wo so viele Nationen nebeneinander sind, muß der Gouverneur zwischen allen stehen, und wenn er auch vorzugsweise die Interessen der Weißen zu fördern hat, muß er doch überall, wo die Interessen der anderen in Konkurrenz treten, auch einen gerechten und der Zukunft des Landes dienlichen Ausgleich finden. Das ist auch die Idee des Herrn v. Mehnberg, und mit der hat er ganz schöne Erfolge erzielt. Freilich manche Wünsche sind an ihn herangetragen, denen er nicht wohl nachgeben kann, und ich bedaure, daß ich mich hinsichtlich der Juden nicht ganz auf dem Standpunkt stellen kann, den der Herr Vorredner angenommen hat. Ich gebe zu, daß es nicht übermäßig erwünscht ist, solche Elemente in zu großen Mengen in unserem Lande zu haben; ich gebe zu, daß der Schwarze in hohem Grade geschäftsunfähig ist und einer gewissen Fürsorge bedarf, auch gegen den gelben Ausbenter. Wegen Bücher und Ausbenter gibt es Beispiele, und wo diese nicht ausreichen, machen wir noch mehr, und wir werden schon dafür sorgen, daß diese Auswüchse abgestellt werden.

Nun ist die Frage aber weiter gegangen: können wir und wollen wir nicht überhaupt die Einwanderung der Juden einer gewissen Beschränkung unterwerfen, und wenn wir das nicht können, wir nicht in irgend einer Weise die Einwanderung so erschweren, daß die Juden nicht in so großen Massen zu uns kommen? Der Herr Abgeordnete v. Liebert hat bereits darauf hingewiesen, daß ja in den englischen Kolonien eine erhebliche Bewegung, die auch in der Gesetzgebung ihren Ausdruck gefunden, eingeleitet habe, um die Juden stark zu reduzieren. Es ist begreiflich, daß z. B. in Natal, wo 97 000 Weiße 100 000 Juden gegenüberstehen, die weiße Bevölkerung sich dadurch sehr bedrückt fühlt. Aber aus unserer Überlegung hier muß nun leider alles das ausscheiden, was das englische Reich in seinen einzelnen Kolonien und miteinander verbindet. Da können wir uns nicht hineinmischen, ebenso wenig wie wir es erlauben würden, daß sich irgend eine fremde Macht in die Beziehungen des Reichs zu seinen Bundesstaaten mischen würde. Wir müssen in dieser Angelegenheit auf dem Boden des internationalen Rechts verbleiben, und da ist uns dieses internationale Recht nicht günstig. Ich begreife ja, daß in Ostafrika nicht nur von dem milden und wohlwollenden Standpunkt aus, den der Herr Abgeordnete v. Liebert hier angenommen hat, der die Reger schützen will gegen die Ausbeutung der Juden, sondern daß auch von anderen Seiten eine erhebliche Verstimmung herrscht. Denn der deutsche Kleinbändler kann gegen den Juden nicht auskommen. Der Jude lebt zu billig, er kann auch viel länger aushalten in dem Klima, kurz er ist eine sehr unerwünschte Konkurrenz. Es spielt da auch ein anderes Element hinein: es besteht ein gewisser Interessengegensatz zwischen dem Plantagenwesen und dem Handel. Beide stehen auf durchaus korrektem Boden: der Handel beabsichtigt, möglichst stark die Kaufkraft der einzelnen Eingeborenen zu heben und auf diese Weise einen größeren Absatz zu erzielen, während die Plantagen im wesentlichen das wohlverdienende Interesse haben, mit möglichst billigen Löhnen auszukommen. Der Handel hat also eine Neigung, den Reger zu bevorzugen, daß er mehr verdienen und mehr pflanzen und mehr absetzen, während die Plantagen den Rumm haben, ihn möglichst wohlfeil zu bekommen. Das sind zwei Gesichtspunkte, die nicht miteinander ganz klappen, und aus denen vielleicht die eine oder andere Schwierigkeit entstanden ist, die in Ostafrika zur Klage geführt hat. Aber auch da steht der Gouverneur auf einem durchaus ausgleichenden und gleichmäßig die berechtigten Erfordernisse vertretenden Standpunkt, wie er sich nach jeder Richtung hin bereit erklärt hat und auch dahin gewirkt hat, daß die notwendigen Arbeiter für die Plantagen aus dem Innern selbst unter Hilfe der Regierungsvorretter herangezogen werden, wobei ich allerdings noch einmal, wie ich schon in der Kommission gesagt habe, wiederholen muß: eine Verpflichtung dazu kann das Gouvernement nicht anerkennen.

Nun, meine Herren, wie unentbehrlich der Jude dem Kaufmann ist, hat der Abgeordnete v. Liebert erwähnt; daß er auch für die Plantagen nicht entbehrlich ist, habe ich leider festgestellt. Ich habe bei den verschiedensten Gelegenheiten auf die Plantagen einzuwirken gesucht, doch die Dullen, diese Läden, die wir auf den Plantagen haben, minnere einem deutschen Kleinbändler anzuvertrauen, denn sie haben die Möglichkeit, darüber zu verfügen. Da hat man mir geantwortet: ich will den Namen nicht nennen, er steht aber Herrn v. Liebert privatim zur Verfügung —: das können wir nicht machen, der Deutsche ist uns zu teuer, das ist nicht zu leisten. (Hört! hört! in der Mitte)

Abgesehen davon aber ist das Gouvernement und die Reichszentralverwaltung gar nicht in der Lage, den Wünschen nachzukommen, welche auf eine Ausschließung der Juden oder Erschwerung ihrer Niederlassung gerichtet sind. Das Deutsche Reich hat als Mitkontrahent beim Kongoabkommen, in dessen Zone das ganze

ostafrikanische Schutzgebiet fällt, folgendem Paragraphen zugestimmt — es ist der Art. 5 Absatz 2, wo es heißt:

Die Fremden sollen daselbst — nämlich im konventionellen Kongoboden —

mit Bezug auf den Schutz ihrer Person und ihres Vermögens, den Erwerb und die Übertragung beweglichen und unbeweglichen Eigentums und die Ausübung ihres Gewerbes ohne Unterschied die gleiche Behandlung und dieselben Rechte wie die Landesangehörigen genießen.

Ferner lautet der § 8 des deutsch-englischen Abkommens vom 1. Juli 1890, des sogenannten Helgolandsabkommens oder Sansibarabkommens:

Den Angehörigen der beiden Mächte ist die freie Niederlassung in der beiderseitigen Gebieten, soweit dieselben in der Freihandelszone gelegen sind, — und das ist immer das konventionelle Kongoboden — gestattet.

Nun sind nach der auch vom internationalen Recht anerkannten Definition die Juden, wie alle englischen Kolonien, in bezug auf die internationalen Verträge allen anderen englischen Untertanen gleichberechtigt, genau so wie ein Londoner Engländer; deshalb ist es nicht möglich, ihnen das vertraglich zugestandene Gleichberechtigungsrecht zu entziehen, ohne gegen die Verträge zu verstößen. Darin liegt die ernste Gefahr. Wer vom Deutschen Reich eine ruhige und gleichmäßige, nicht erschütternde Politik verlangt, muß doch vor allem darauf halten, daß die internationalen Verträge richtig gehalten werden.

Nun ist ja von dem Abgeordneten v. Liebert und auch von anderer Seite angeregt worden, daß man vielleicht, ohne direkt gegen den Willen der Verträge zu verstößen, eine gewisse Differenzlinie — ich möchte nicht sagen: vegetarische — Behandlung eintreten lassen könne. Nun, ganz abgesehen davon, daß sich hieran die deutsche Regierung nicht beteiligen kann, mache ich doch auf die schweren Folgen aufmerksam, die aus einem solchen Vorgehen für den Gesamtmarkt des Deutschen Reichs entstehen könnten.

(Sehr richtig! in der Mitte)

Wer immer die Vorgänge, die sich um den Indischen und Sikkim Ocean grupieren, in den letzten Jahren vor sich hat, dem muß die außerordentliche Veränderung in dem Selbstbewußtsein der Bevölkerung dort aufgefallen sein. In wenigen Jahren ist Japan, nach Besiegung eines weißen Gehebers, zu einer Großmacht geworden. Eine gründliche Reformbewegung mit dem Ziel der Modernisierung hat in China eingesetzt. Die Schwierigkeiten, welche den Engländern in Indien bereitet werden und sie zu einer Verstärkung der indischen Selbstverwaltung aus der Bevölkerung heraus veranlassen, sind ja bekannt. Ferner, von dem man das vor zehn Jahren noch nicht erwartet hätte, befindet sich in einem intensiven Verfassungskampf, und das ganze türkische Reich, einschließlich seiner arabischen Dependenzien, ist, unter dem Beifall der europäischen Nationen, ein Verfassungsstaat geworden. Das Selbstgefühl in Ägypten, am Nilen Meer steigt überall. Nun hat aber Deutschland einen indischen Aufstiegsbewegung von einer halben Milliarde Mark zu verteidigen, das ist das Fünftel des Gesamtumsatzes des Gesamthandels von Deutsch-Ostafrika. Diese politische Bewegung, in die Herren, darf nicht übersehen werden, und die Möglichkeit eines Aktus der Selbsthilfe seitens eines dieser Völker kann man nicht ganz aus dem Auge verlieren. Derjenige, der beobachtet hat, was in den letzten Monaten am Ägäischen Meere mit dem österreichischen Handel passiert ist, wird wissen, was ich damit meine. Nun, was der deutsche Kaufmannstand und die Industrie sagen, wenn wir ostafrikanische Partikularpolitik trieben und damit diese hier angeordneten Gesetze ihre Verwirklichung fänden?

Ich habe gesagt: ich kann begreifen, daß vom ostafrikanischen Standpunkt aus eine solche Induzierungswanderung nicht sehr erwünscht ist; aber ich kann hier im Deutschen Reichstag eine solche Politik nicht unterstützen.

(Sehr richtig! links.)

Die Gründe habe ich Ihnen auseinandergesetzt.

Das hindert nun nicht, wie ich schon gesagt habe, daß in bezug auf die Gefahr von Seuchen die immerhin von den Juden eingeschleppt werden können, Vorsorge getroffen wird; daß gegen die hier nicht notwendigen Erlasse werden; daß Leute, welche der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen können, überhaupt nicht zugelassen werden, wie man ja ein Minimum festsetzen kann, unter welchem eine Einwanderung nicht gestattet ist. Ich bemerke aber, daß dieses Minimum nicht große sein kann, als das Minimum, das Sie von jedem anderen Farbigen, von jedem Schwarzen verlangen können. Daran stoßen sich eine ganze Anzahl anderer Reformvor schläge, besonders die Frage der Durchführung. Wenn Sie dem Juden heute vorschreiben, er müsse seine Bücher auf deutsch führen, so müssen Sie in Verfolg der internationalen Lage, den Marjema, Suaheli und Manjawi diese Befehle durchsetzen und schließlich dadurch eben auch diese Leute vom Handel aus.

Aber ich möchte hier gleich zurückkommen auf die Frage der Gewerbesteuer und bin in der angenehmen Lage, dem Herrn Abgeordneten v. Liebert nachweisen zu können, daß die Befürchtung, daß die Juden sich etwa dieser Steuer entziehen würden oder könnten, nicht vorliegt. Im Gegenteil, diese Gewerbesteuerordnung ist derartig eingerichtet, daß diejenigen, welche keine Bücher führen, im Effekt eine höhere Steuer zahlen, als diejenigen, die Bücher führen. Die Gewerbesteuerordnung vom 7. Dezember 1907 hat den Höchststeuersatz von 36 Muppen festgesetzt. Er war auch bei der Höhe der investierten Kapitalien lächerlich gering geworden, und die Anregung dazu ist nicht von der Kolonialverwaltung, sondern aus dem Deutschen Reichstag heraus gekommen. Von Freistellung der Juden, die weniger als 200 Mark haben — wie das wohl in einer Zeitung behauptet worden ist —, ist gar keine Rede. Es sind von der Steuer befreit die meist von Europäern betriebenen Unternehmungen der Viehzucht, des Bergbaus, der Spedition, Eisenbahnen, Handwerker, Rechtsanwälte, Ärzte und Landmesser. Keiner von diesen Berufen wird gewöhnlich von Juden betrieben, mit Ausnahme einiger kleine Handwerksbetriebe. Jeder Gewerbe-Treibende zahlt im übrigen 4 Prozent vom Reinertrag oder, als dieser nicht zu ermitteln, 1 1/2 Prozent vom Umsatz, der eventuell geschätzt wird. Um nun 4 Prozent vom Reinertrag gleich 1 1/2 Prozent vom Umsatz zu setzen, ergibt die Rechnung, daß man 10 Prozent Nutzen haben müßte, und da ein so hoher Nutzen im wesentlichen nicht oder nicht überall erzielt werden kann, so zeigt es sich, daß derjenige, der von einem Umsatz besteuert wird, eine höhere prozentuale Steuer leistet als der, der vom Reingewinn besteuert wird. Das ist auch richtig; denn derjenige, der Bücher führt und Ordnung hält, soll auch in gewisser Weise bevorzugt werden. Der Nachteil trifft aber im wesentlichen den Juden.

Nun komme ich auf die Frage der Eingeborenenpolitik. Ich zitiere aus der Rede meines Herrn Vorredners, daß in früherer Zeit patriarchalische Grundbesitz geherstet haben, während heute die breitere Humanität Platz gegriffen habe. Im Interesse der patriarchalischen Zustände, die wir doch noch in weiten Kreisen haben, möchte ich sagen, daß das gar kein Gegenstand ist.

Berichte

aus allen Teilen Deutsch-Ostafrika, sowie aus Mombasa, Sansibar, Weita, Durban etc. gegen Honorar gesucht.

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.